

Bezugspreise:
für sechs monath. bei zweimal. Zus.
schickung 7.— Mk., vierteljähr. 21.—
Mk., u. Zustellungsgebühr, l. d. Aus.
gabestellen abgedr. 11.— Mk. —
monatlich, durch umf. Ausw. Zus.
schickung bei d. einm. Zus. 6.— Mk. —
Mk., u. Bestellsgeb. 1.00 Mk. Post
monatlich 9.25 Mk., vierteljähr. 27.75
Mk. einm. u. Zustellungsgebühr. Be.
stellungen, nehmen alle Poststellen
an. Fam. u. Zeitungserwerb. d.
Ecole-Zeitung, für unentgeltl. ein.
gang. Manu script wird keine Ge.
bühr übernommen. Nachdruck nur
m. Quellenang. Ecole-Zeitung ge.
boten. Fern. der Erschließung Nr.
1140, der Zusätze-Nr. 1103,
u. 1133, der Zusätze-Nr. 1133.

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli.
meterzeile oder deren Raum 70 Pf.,
Familien- u. kleine Anzeigen-Preise
C. Legenheitsanmeldungen 40 Pf.
Anzeigen die 92 mm breite Milli.
meterzeile 3.— Mark. Die Wieder.
holung Ermäßigung lt. bef. An.
zeig-Abendungen, Anzeigen neh.
men an unsere Geschäftsstellen u.
sämtliche Anzeigengebühren. Er.
füllungszeit: Halle. Erscheint tä.
glich 2 mal, Sonntags u. Mont.
tags 1 mal. Schriftleitung und
Geschäftsstelle: Halle, Neue Prom.
nade 14, Gr. Brauhausr. 17.
Aben. Geschäftsstelle: Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15

Oberschlesiens Untheilbarkeit.

Zu dem Gutachten des hervorragenden amerikanischen Sachwalters für internationales Recht, David Hunter Miller, über die Behandlung der ober-schlesischen Frage vor dem Völkerbunde wird der „Schlesischen Volkszeitung“ aus dem ober-schlesischen Industriegebiet geschrieben: „Alle diese Ausführungen des amerikanischen Rechtslehrers finden ihre Bestätigung darin, daß vor der Bestimmung dieser verantwortlichen Stelle in Deutschland, Polen oder Oberschlesien an die Untheilbarkeit Oberschlesiens gedacht hat. Die Abhängigkeit ist unter dem Zeichen und unter der Voraussetzung der Untheilbarkeit Oberschlesiens erfolgt. Stets und immer haben die Polen von dem „uralten polnischen Kaiserland“ Oberschlesien genau ebenso wie die Deutschen von dem „deutschen Kaiserland“ Oberschlesien gesprochen, das sie nach den Worten Goethes erworben haben, um es zu besitzen, und die Abhängigkeit hat bewiesen, daß Deutschland Oberschlesien tatsächlich erworben hat — um es weiter zu besitzen, natürlich nicht, damit es geschädigt werde. Die These von der Untheilbarkeit Oberschlesiens ist erst nachher von polnisch-französischer Seite aufgestellt worden, nämlich, nachdem bewiesen worden war, daß Oberschlesien nicht von einer unbeschränkten polnischen Bevölkerung bewohnt ist.“

Erst jetzt wurde die polnisch-französische These „den Polen die Kohlen, den Deutschen die Rüben“ mit der Korinthen-Sine aufgestellt. Erst jetzt erklärten die Polen, daß sie die ober-schlesische Politik nötig hätten, um daraus Sprengstoffe für Heereszwecke herzustellen. Von all dem ist aber im Friedensvertrage und dem, was ihm vorausging, keine Rede, und kann deshalb davon jetzt auch keine Rede sein. Die ober-schlesische Frage ist ungenügend beantwortet, nicht, um das wirtschaftliche und militärische Uebergewicht Frankreichs auf den europäischen Festlande für alle Zeiten sicherzustellen, sondern sie ist aufgemotzt worden, — wie David Hunter sagt — zur Verhinderung der „idealen Grundlage der Gerechtigkeit“, auf der der Friede in Europa und das Recht ruhen soll.“ Von Erfolgswünschen für die Polen ist also keinesfalls die Rede gewesen, wie denn die Militarisierung bestimmter Länder überhaupt nicht Gegenstand des Versailles-Vertrages gewesen ist. Wie eine weitgehende Kühlung Polens ohne Zweifel die Folge der Aufzehrung der ober-schlesischen Frage gewesen ist, muß vielmehr die Lösung dieser Frage zur nachfolgenden Abrüstung Polens führen, auf die Deutschland gemäß einem bekannten Worte Lloyd Georges nach der eigenen Abrüstung gerechten Anspruch hat. So soll insbesondere Oberschlesien „nicht mitzuhelfen“, nicht als eine Kühlungsvorrichtung da sein, sondern die Brücke der Völkerverständigung nach dem Osten werden.

Diese Verständigung wird gewiß nicht leicht sein. Ihre Grundlage soll die kulturelle Entwicklung haben und drücken werden, die für Oberschlesien durch die kommende Autonomie verbürgt ist. Es gibt heute noch vielfach mehr Deutsche in Polen als „unverwechselbare Polen“ in Oberschlesien. Die gegenseitige Anerkennung (nicht Zudringung) dieser Tatsache allein kann dahin führen, daß beide haben und drücken glückliche Menschen werden, die ihrer frei erworbenen Kultur leben dürfen. Hierin ist ein Kompromiß nötig. Gegenseitige wirtschaftliche Nutzen müssen die Brücke sein und diesem geistigen Kompromiß die solide Unterlage geben. — Aber in der Frage der staatlichen Zugehörigkeit kann es nach Recht und Gerechtigkeit kein Kompromiß geben.

Die ober-schlesische Berufsvereinigung, Erik Kattowitz, hat den Völkerbundsatz in Genf telegraphisch im Namen der in der Vereinigung vereinigten Arbeiter, Beamten und Angestellten aller Klassen, bei der Entscheidung über Oberschlesien die Rechte und Interessen der Oberschlesier zu vertreten und Oberschlesiens kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung durch eine weitgehende Autonomie im Rahmen eines ungeteilten Oberschlesiens mit Westschlesien u. a. in Deutschland zu gewährleisten und der ober-schlesischen Berufsvereinigung Gelegenheit zu geben, die Wahrnehmung ihrer Interessen zu vertreten.

„Ergänge Telegraph“ meldet, der Botschafter zur Erwägung der ober-schlesischen Frage habe einen von einem seiner Sachverständigen festgestellten Entwurf Briand und Lloyd George unterbreitet, deren Antworten erwartet würden. Eine sehr betrübliche Diskussion sei wegen der Beuthener Frage entstanden.

Die in den letzten Tagen von Genf aus über die Entscheidung des Völkerbundsrates in der ober-schlesischen Frage verbreiteten Nachrichten werden in römischen politischen und parlamentarischen Kreisen als französische Stimmungsmache bewertet, und zwar deshalb, weil fast alle Nachrichten dahin hinstreichen, daß der Genfer Be-

schluß zugunsten Polens ausgefallen sei. Nach den bisher an offiziellen Stellen über Genf eingelaufenen Nachrichten steht lediglich fest, daß der Spruch tatsächlich gefällt ist, daß aber die Begründung und Ausarbeitung noch einige Tage in Anspruch nehmen wird. Vor nächsten Sonnabend erwartet man keine Veröffentlichung über die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage.

Schluss der Völkerbundstagung.

Die zweite Tagung der Völkerbundsversammlung war gestern abend um 6 Uhr zu Ende, nachdem sie genau einen Monat gebauert und neben zahlreichen Kommissionen 33 Vollsitungen abgehalten hatte. Der Präsident der Versammlung, Jonghbre Dr. van Karnebeek, holländischer Minister des Aeußeren, hielt unter lautloser Stille dem vollbesetzten Hause in französischer Sprache die Schlussrede. Er nahm in bewegten Worten Abschied von der geliebten Schweiz, von der Stadt Genf, von den Mitgliedern der Versammlung, deren fruchtbringende Arbeit er feierte, und von den Vertretern der Presse, denen er besonders herzliche Worte widmete.

In großen Zügen entwarf er jedoch ein Bild der vollbrachten Arbeit. Die Abgeschlossenheit, so sagte er, sei auch die Stunde der Beweissprünge, der Verantwortlichkeit vor den Regierungen und vor den Völkern. Zweifellos werden diejenigen enttäuscht sein, die ein Wunder erwarteten, aber die besten Absichten müßten sich vor der Wirklichkeit biegen und vor den Hindernissen, die die Völker selbst schaffen. Nichtsdestoweniger müsse zugegeben werden, daß der Gedanke der internationalen Vereinigung und Zusammenarbeit, gleichviel wie seine gegenwärtige konkrete Form sei, ein endgültiges Gut der Menschheit geworden, daß der Völkerbundsgegenstand konzipiert und daß fruchtbarere Arbeit geleistet worden sei. Unter den Ergebnissen der diesjährigen Tagung stelle der Präsident die Maßnahmen zur Bekämpfung des Opiummisbrauchs, des Mächden- und Kinderhandels und die Verjährungsarbeit der ersten Kommission an, die oft bedeutende politische Fragen berührten. Außerdem hat der Völkerbund die Zahl seiner Mitglieder vermehrt und die Tore für die offenen gehalten, bis zu gegebener Stunde sich ihm anschließen und das Haus der Völker vervollständigen werden. Auch in der Abrüstungsfrage will Herr van Karnebeek Fortschritte verzeichnen können. Er will ihre Bedeutung allerdings nicht übertreiben, denn der Weg sei lang und das Problem weitläufig. Aber die dokumentarischen und statistischen Arbeiten, die geleistet wurden, die Anregung für Kontrolle des Waffenhandels und die Einforderung formeller Vorschläge von der temporären gemischten Kommission bezogen, so meinte der Präsident, den Willen zur allmählichen Fächerung im Rahmen des Möglichen in einer noch unruhigen Welt und in einem noch nicht unvollständigen Völkerbunde. Endlich sei die Errichtung des Internationalen Gerichtshofes zu erwähnen.

Zum Schluss betonte Herr van Karnebeek, daß das wesentliche Ergebnis aber der Geist sei, der die Arbeiten beherrsche, die Unpönderbarkeit, die den Glauben in die Zukunft des Völkerbundes rechtfertigen. Diese Botschaft möge der treue Gehörte des Völkerbundes, die Presse, in die Welt hinausstrahlen. Die Versammlung, die wiederholt die Rede mit Beifallungen unterbrochen hatte, brach in ein minutenlanges Handklatschen aus. Die Delegierten im Saal und die Besucher auf den Tribünen erhoben sich von ihren Plätzen und bereiteten Herrn van Karnebeek stürmische Ovationen. Hierauf erklärte der Präsident die zweite Tagung der Völkerbundsversammlung für geschlossen.

Während die Versammlung ihre Arbeiten abgeschlossen hat, wird der Völkerbundsrat weiter tagen. Morgen wird er sich mit der albanischen Frage beschäftigen.

Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft.

Bochum, 7. Okt. Gestern hielt die Deutsche Friedensgesellschaft als Auftakt zum pazifistischen Kongreß in Essen ihre Hauptversammlung ab. Professor Dübbe äußerte sich über die verschiedenen Strömungen im Pazifismus. Ein Vertreter der Berliner Draisgruppe brachte einen Antrag auf Abschaffung der Reichswehr ein. Herr v. Gerlach trat energisch gegen den Berliner Antrag auf. Jede Regierung müsse sich auf eine bewaffnete Macht stützen können. Bei der Abstimmung über den Antrag ergaben sich denn 134 Stimmen für den Antrag und 42 Stimmen dagegen. Prof. Dübbe erklärte darauf, daß er nicht mehr in der Frage sei, nach Annahme des Berliner Antrages die Geschäfte weiterzuführen. Ihm schloß sich mit der gleichen Erklärung Herr v. Gerlach an. Unter großer Andeutung endete die Versammlung.

Valuta-Politik.

Die Rolle der mitteleuropäischen und insbesondere deutschen Valutaentwertung als Wirtschaftiger an der Weltwirtschaft, der Zusammenhang zwischen dem Sinken der deutschen Mark und dem Aufstieg der Arbeitslosen in den valutarischen Ländern ist nicht nur bei uns, sondern auch im Ausland erkannt worden. Die finanzpolitischen Gutachten Randrijs, die letzte Rede Gurgylls, die in Aussicht genommene Einbringung einer Valutaentwertung nach London sind hierfür überzeugend wichtige Belege. Und der trotzdem noch immer vorherrschenden imperialistischen Propaganda der sogenannten Siegerstaaten zugunsten wirtschaftlicher Vernunft entgegen zu wirken zu können, erwaßt der wirtschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Publizität die besondere Aufgabe, in klarer und sachlicher Beweisführung den Nachweis dafür zu erbringen, daß der von uns behaltene Teil der internationalen Krise ein nicht von uns allein lösbares Problem darstellt, daß es sich hier um eine ausschließlich internationale Aufgabe handelt. Geht die Beweisführung, geht es, ihr Reizlosigkeit auch in den fremden Ländern zu schaffen, so werden wir damit die Kräfte auslösen und so erfolgreichem Wirken in Bewegung setzen, die mit uns zusammen auf dem Weg internationaler Verständigung die Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Ordnung durchführen wollen und können.

Stellt man einem Lande die Aufgabe, für die Stabilisierung seiner Wechselkurse zu wirken, so läßt sich sofort die Vorfrage aus, welchen Voraussetzungen sich die Beherrschung der Wechselkurse aufbaut. Wir haben bei uns in Deutschland hierbei von unserer weltwirtschaftlichen Stellung in der Vorkriegszeit auszugehen: Aktivität der volkswirtschaftlichen Bilanz, ausgebaut auf einer das Mehr der Einfuhr gegenüber der Ausfuhr an Gütern ausgleichenden und übergleichenden Mittel der Zahlungen- und Forderungsbilanz. In dieser Situation haben wir: handelspolitischer Willkür und Unkenntnis der Krieg, der Verfall der Vertrag und dessen spätere Abkommen eingegriffen: Vergroßerung der Passivität der Handelsbilanz infolge der Gebietsverlängerung im Osten und Westen, Umwandlung der Aktivität der Zahlungen- und Forderungsbilanz in starke Passiven; da die deutschen Auslandsguthaben zerstört sind, hat fremdländische Kapitalanlage in Deutschland zugenommen; da die Handelsbilanz fest, muß fremdländischer Schiffraum für den Transport deutscher Importe und Exporte besetzt werden. In der Vorkriegszeit bestand für Deutschland leicht die Möglichkeit, eine Stabilität der Markbewertung zu sichern. Der Verkehr mit internationalen Zahlungsmitteln war so ausgleichend, daß sprunghaft sich erhebbende Nachfrage nach fremdländischen Devisen oder andererseits plötzlich einsetzendes starkes Angebot keine tiefwührende Preisänderung herbeiführen konnte, die rein spekultativen Kräfte also dem Devisenmarkt ferngehalten wurden.

Jetzt das völlige Gegenteil! Unfähigkeit der Import- und Exportverhältnisse, dauerndes Schwanken der wirtschaftlichen Provisionsverhältnisse, Engpässe unvernünftiger politischer Politik in einer Weltökonomie, daß nach außen hin der Ansehen erweist wird, daß diese Kräfte das haaltliche Gefüge zu zerstören vermögen, vor allem dauernd das Angebot überlegende Nachfrage nach fremdländischen Devisen, kurz eine Ueberflutung mit Merkmalen der Unjagbarkeit, die die Stabilisierung in aller Welt herausfordern und die bei uns in Deutschland Handel und Industrie als dauernd zum Ruin gezwungen in die Geologie weltlicher Börsenbewegungen zwingen. Wie skizzierend kann hier angeeignet werden, welche Wege sich dieser Lage gegenüber aus internationaler Wirtschaftsnormen ergibt:

Wiederherstellung der Grundlage der deutschen Volkswirtschaft durch Wiederaufrichtung der Voraussetzungen für Aktivität seiner Zahlungen- und Forderungsbilanz, d. h. durchgreifende Revision der wirtschaftlichen Teile des Friedensvertrages und der späteren wirtschaftlichen Abkommen und Zwangsdispositionen. Für Deutschland ist die Frage entscheidend: Können wir bis zur hierfür erforderlichen internationalen Einigkeit die noch vorhandenen Grundlagen volkswirtschaftlicher Leistung erhalten? Um diese Aufgabe der inneren Wirtschaftspolitik handelt es sich in den nächsten Monaten. Danach steht die Notwendigkeit, unsere Außenpolitik auf die baldige praktische Durchsägung der Verwertung im internationalen Wirtschaftleben einzustellen.

Daneben zeigt aber nun auch eine Ueberzeit über die vielfache Auslösung des internationalen Finanzmarktes, daß zu den notwendigen internationalen Verständigungen auf rein wirtschaftlichem Gebiet auch noch internationale Abmachungen über eine Wiederherstellung der Weltfinanzen treten müssen. Wenn man die

Heutige Wiederholung der Markt den fremdbildlichen Währungen gegenübersteht, die in der Vorzeit ihr gegenüber in einem völlig gleichen Bewertungsverhältnis standen, so ergibt sich folgende Tabelle:

Friedenskurs Kurs 10.9.21		
100 belgische Franken	81 Mt.	861.60 Mt.
100 französische Franken	81	874.10
100 spanische Pesetas	81	1610.85
100 italienische Lire	81	494.50
100 Schweizer Franken	81	2147.85
100 finnische Mark	81	170.80

Diese Zahlen weisen deutlich darauf hin, daß selbst bei einer Ausgleichung der deutschen volkswirtschaftlichen Bilanz doch man immer noch für unsere normale Wiedererholung in die Weltwirtschaft und in den internationalen Finanzmarkt die Frage zu entscheiden hat, an welches Paritätsverhältnis die Stabilisierung der Wechselkurse angelehnt werden soll, wie nun bei einer Klärung der Währungsfragen Deutschland gegenüber der verschobenen und nun schon sehr weit fortgeschrittenen anderen Ländern mit ihren Rückwirkungen auf Deutschland geordnet werden können. Es ist eine Unmöglichkeit für uns, etwa von uns aus nach dieser Richtung hin selbständig wirken zu wollen. Man darf sogar sagen, daß alle Opfer vergebens wären, die während politischer Maßnahmen vielleicht von uns allein werden wollten. Es handelt sich hier um ein ja mit den weltwirtschaftlichen Verhältnissen verknüpft Problem, das immer wieder betont werden muß, daß seine Lösung und damit die Schaffung der Voraussetzungen für eine tatsächliche Wiederherstellung der Welt nach der ungeheuren Kriegskatastrophe nur durch internationale Verständigung, nur durch aufrichtiges, gemeinschaftliches internationales Wollen zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit herbeigeführt werden kann.

Ein englischer Finanzmann über die Weltwirtschaftslage.

London, 7. Okt. Der englische Finanzmann George Rath erklärte in einer Rede über den Außenhandel und die Erwerbslosigkeit, eine Hungersnot in England werde den Bolschewismus bedeuten, und in Frankreich, wo eine Hungersnot drohe, werde sie die Revolution bedeuten. Es sei für Deutschland nicht möglich, die Waren, die es brauche, mit seiner verminderten Erzeugung zu kaufen, und die Reparationen, die man von ihm fordere, zu leisten und zugleich den Wert der Mark hochhalten. Unter diesen Umständen müsse man zu allererst Europa auffordern, seine Produktionskraft wiederherzustellen und durch die notwendigen Kredite die Ströme des Geldes wieder in Gang zu setzen, des Handels, dessen augenblickliches Wiederanlaufen nur zeitweiliger Art sei. Durch die Schaffung von Käufen unter den gegenwärtigen Verhältnissen vermöge man das eigene Volk, alle Nationen zu dies. Es habe den Anschein, als ob die Staatsmänner der Welt wahnwitzig geworden seien.

England macht Einwände gegen das Wiesbadener Abkommen.

London, 7. Okt. Wie Reuter erzählt, wird das von Rathenau und Loucheur abgeschlossene Uebereinkommen von englischen Finanzkreisen sorgfältig geprüft. Aus politischen Gründen kann England gegen das Uebereinkommen keinen Einwand erheben. Aber von der Franzosen sich Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete unterstützen, sollte so wenig wie möglich Widerstand finden. Bis eine eingehende Prüfung des Abkommens stattgefunden hat, ist es unmöglich festzustellen, wieweit das Abkommen die Verteilung der Reparationen unter den Alliierten behandelt und ob es mit dem Reparationsabkommen in Einklang zu bringen ist. Bis hierüber Klarheit geschaffen

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Freitag, 7. Oktober. Inhalt: Gedächtnis mit Leichnam künden Hindern. Roman von Fred Hellus. - Der tauchte? Von Paul Th. Hoffmann. - Irma's Beichte. Von Margarete Hellmann. - Bunte Zeitung. - Literatur.

Das unmenslichste Wirtschaftssystem der Weltgeschichte.

Die ökonomischen Grundlagen des Römertums. - Klein- und Großbetrieb. - Kriegsgewinnler der alten Zeit. - Der Umbruch in Sklaven. - Spartakus und die Sklavenaufstände. - Die Theoretiker der Sklavenswirtschaft. - Calpurnius Piso. - Niedergang des Systems.

Mommsen hat die römischen Sklaven das elendste Proletariat aller Zeiten genannt: er will es dahingestellt sein lassen, ob nicht alle Grausamkeit der Regierungen gegenüber dem Abgrund von Schmerz und Leid verschwindet, in den man bei der Betrachtung des römischen Systems hinabsinken müsse. Auf der Arbeit der Sklaven war das ganze römische Wirtschaftsleben aufgebaut; durch sie erhielt diese Organisation, bei der ein kleiner Staat von der Ausbeutung weiter Gebiete lebte, ihr Stigma. Als den Kriegen, die das römische Weltreich führte, floßen ihm die Entschädigungen an Tributen und Kriegsmaterial zu, an denen sich der Kapitalismus der Weltbesitzer aufbaute. Eine umfassende Darstellung dieser Verhältnisse gibt jetzt ein Engländer, W. E. Hilliard, in einem „Agricola“ betiteltem Werk, in dem er die klassische Literatur im weitesten Umfang seinem Zwecke dienbar macht.

Als das Römertum noch nicht die spätere Ausdehnung besaß, war der römische Bauer ein ruhiger und arbeitssamer Arbeiter, der sein Land mit ein paar Hausklaven bewirtschaftete. Als aber die Republik die Welt zu erobern begann, brachten die Tribute, die sie aus anderen Ländern und Erdteilen zog, die Abgaben und Sklaven, eine vollständige Umwälzung des Wirtschaftslebens hervor. Die Veranbarung des bisherigen Kleinbetriebes in Ackerbau in Unternehmungen großen Maßstabes beginnt nach dem

worden ist, könne man in seinem Urteil nur sehr zurückhaltend sein. Obgleich Loucheur und Rathenau erneut zusammengetreten, um das Abkommen zu unterzeichnen, so wird es dennoch erst dann in Kraft treten, wenn es die Billigung der Reparationskommission gefunden hat.

Minister Brandenstein zurückgetreten.

Weimar, 7. Oktober. Der Rücktritt des Thüringischen Ministers des Innern v. Brandenstein ist nunmehr Tatsache geworden. Brandenstein hatte sich schon in der Landtagsitzung vom 22. Juli für den 6. Oktober angelegt. Nach den Ereignissen der letzten Zeit ist es unwahrscheinlich, zum mindesten sehr fraglich, ob die Stimmen recht behalten werden, die behaupteten, dieses Auscheiden am Tage vor dem Zusammentritt des Landtages sei rein formell und nicht von langwieriger Dauer.

Deutsches Reich.

Der Jagow-Projekt vor dem Reichsgericht. Für den am 7. Oktober beginnenden Prozeß gegen Jagow und Genossen (Rapp-Kuhse-Prozeß) sind nicht weniger als hundert Zeugen geladen und zehn Verhandlungstage in Aussicht genommen, doch ist, da die Feststellung des Tatbestandes keine besonderen Schwierigkeiten machen dürfte, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ein großer Teil der Zeugen nicht erscheinen wird, was dann eine nicht unerhebliche Wässerung der Prozeßdauer zur Folge haben würde.

Reichsminister Dr. Weich ist in Karlsruhe eingetroffen. Der Reichstag eröfnet am Sonntag, dessen Mitglied er noch heute ist. Er wurde vom Reichspräsidenten Dr. Raap unter lebhaftem Beifall des Hauses herzlich begrüßt mit dem Wunsch, daß ihm die schwere Aufgabe, das deutsche Volk über eine Katastrophe hinwegzuführen, gelingen möge.

Noch keine Unterbrechung der neuen Kriegsbekundigten-Projekte. Die von Berliner Blättern gebrachte Nachricht, daß in der nächsten Woche vor dem Reichsgericht neue Kriegsprozesse stattfinden, trifft nicht zu. Neue Termine sind bisher noch nicht angesetzt. Es finden in der kommenden Woche lediglich einige von der Heeresverwaltung angelegte Sperrvertragsprojekte statt.

Am die Auflösung der Schuppeltheater. Die Verhandlungen des Reiches mit der Entente über die Zukunft der Vermögensgegenstände des Generalisimus in Bezug auf die deutsche Volksgemeinschaft haben begonnen. Der deutsche Vorkämpfer in Paris hat dem Vorkämpfer das gesamte Material der deutschen Regierung unterbreitet, in dem dargelegt wird, daß die von General Raap geforderte Auflösung der Organisationen der Schuppeltheater die Sicherheit im Reich aus schwerer Gefahr würde und deshalb unannehmbar sei.

Verbot der „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“. Das Staatsministerium hat durch ministeriellen Befehl die bürgerlichen, rechtslebenden „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ wegen der von dem Blatt gegen die sozialistische braunschweigische Regierung gerichteten Angriffe, auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. September auf die Dauer von einer Woche verboten.

Auslands-Rundschau.

Vor der Aufhebung der australischen Einfuhrverbote für deutsche Waren. Wie der „Tages-Nachricht“ aus London berichtet wird, hat sich der australische Premier Hughes vor seiner Rückreise nach Neuseeland darüber ausgesprochen, daß er unmittelbar nach seiner Ankunft ein Verbot erbringen wird, wonach sämtliche Einfuhrverbote auf deutsche Waren unverzüglich aufgehoben werden sollen. Dasselbe wird die bereits in England in Kraft gesetzte Anti-Dumping-Bill, die einen Zuschlag in Höhe von 33 1/2 Prozent auf den Wert der eingeführten Waren vorsieht, eingeführt werden.

Das Urteil im Tiza-Prozeß wurde nach fünfmonatigem Verfahren gefällt. Paul Herz wurde wegen Anstiftung zur

zweiten punischen Krieg. Der kleine Bauer konnte mit dem ausländischen Getreide und den Sklavenbetrieben den Wettbewerb nicht aushalten. Dazu half das Leben im Feld und in der Stadt mehr Anziehungskraft als das fargen- und einbringende Viehzucht des Landmanns. Viele Bauern wurden Soldat von Beruf, während ihre Acker in der Besitz von Geschäftsmännern und Unternehmern übergingen, die im Krieg reich geworden waren und einen neuen einflussreichen Staat bildeten: der große Landwirtschaftsbetrieb mit Weinbergen, Olivenplantagen und Viehzucht trat an die Stelle der früheren kleinen Wirtschaften. Das neue System aber hand und fiel mit dem Zustand von Sklaven. Sie kamen zunächst von den Küsten des Mitteländischen Meeres, aber bald schleppten sie die Felder und Statthalter des Reichs in immer wachsenden Mengen aus allen Gegenden zusammen, nach denen die mächtige Stadt Rom griff. Als das System in seiner Blüte stand, wurden aus Delos, dem größten Sklavenmarkt der Zeit, an einem einzigen Tag oft 10000 Sklaven „angekauft“.

Ihr grausamstes Verbrechen zeigte diese neue Wirtschaftsart aber während des letzten Jahrhunderts der Republik. Es war die Zeit der großen Aufstände, die man Sklavenkriege genannt hat, des Aufstandes unter dem Spyrus Cumanus in den Jahren 138 bis 132 v. Chr., desjenigen unter Tryphon und Athenio, 109 v. Chr., und schließlich der berühmten Erhebung des Spartakus, der an der Spitze eines gewaltigen Heeres den römischen Feldherren gegenüberstand und sich und den Seinen den Weg in die Freiheit gebahnt hätte, wenn nicht die Kaiser der entsetzten Sklaven ihn statt über die Alpen nach dem Sibirien Jenseits und damit in den Untergang gelockt hätte. Die juchzende Lage, in der sich die Sklaven befanden, lassen es wunderbarlich erscheinen, daß sich zwischen diese Aufstände Zeiten verhältnismäßig ruhiger Einfuhrzeit; zu erklären ist es nur durch die Grausamkeit, mit der jeder Versuch des Widerstandes unterdrückt worden ist. Sie mußten arbeiten wie Maschinen, nur daß diese nicht geschädigt wurden. Oft trugen sie Ketten und wurden diese auch in den unterirdischen Vertiefungen, in denen sie schliefen, nicht los. Am schlimmsten hatten es diejenigen,

Erordnung Thas zum 20. März, war es Wäthner wegen Missethat an der Ermordung zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Seine Konferenz in Breda? Die „Neue Freie Presse“ will erfahren haben, daß die Konferenz in Breda möglicherweise nicht stattfindet, da England und Frankreich der Konferenz bis jetzt nicht zugestimmt hätten.

Zum amerikanischen Vorkämpfer in Berlin wird, wie aus ganz sicherer New Yorker Quelle verläßt, William Boyce Thompson, ein sehr bekannter New Yorker Bankier, zum Präsidenten der Bank ernannt werden, sobald der Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert ist, was höchstwahrscheinlich am 14. Oktober erfolgen wird.

Ein französisches Kriegerebenmal wird auf den Spähern Höhen zum Gedächtnis der Schlacht bei Spichern errichtet werden. Das Ehrenplättchen hat der 81 Jahre alte General Barriou übernommen, der die Schlacht 1870 als Hauptmann mitgemacht hat.

Sport der „Saale-Zeitung“.

Die Erfolge unserer Berufs-Straßenfahrer.

Die jetzt abgeschlossene deutsche Straßenabrennen 1921 die uns nicht weniger als 20 Rennen brachte, fand fast durchweg im Zeichen der Größe statt, mit denen allenfalls aber der Konkurrenz konnte. Auf das Konto Richard Hufschke entfielen acht, auf das des deutschen Straßenmeisters Wolf Hufschke 7 Siege, während der „Rund um Berlin“-Sieger Berger fünfmal das Zielband als Sieger überfahren konnte. Es bildori, der Sieger im längsten deutschen Straßenrennen München-Berlin, liefte dreimal als Fahrer an, Paul Rohl zweimal, seiner Gollie, Gielow, Schallwig und Sievert er einmal. Die in den 20 Rennen zurückgelegte Kilometerzahl beträgt etwa 8800. Die Erfolge der Straßenfahrer nach Punkten geordnet, um den besten Durchschnitt zu ermitteln, wobei der Sieger 10, der Zweite neun, der Dritte acht Punkte usw. erhält, ergibt ein vollkommen anderes Bild. Wolf Hufschke steht hier an der Spitze mit 163 Punkten vor Erich Berger mit 167, während der achtfache Sieger R. Hufschke nur 144 Punkte verzeichnen kann. Es folgen Paul Rohl 120, F. Wanthig 119, Eschdori 111, Sievert 100, Steinhoff 70, Gielow 62, Schenk 47, Hufschke 45, Roerenga 38, Franke 40, D. Michael 39, Gollie 34, Dufschütz 32, Dümel 31, Schallwig 28, Hugel 27 und D. Janzer 20 Punkte.

Jahresabschluss Berlin-Bogel.

Die Repräsentativen Berliners stehen am Sonntag vor einer neuen und schweren Aufgabe. Sie haben diesmal gegen Schweizer Spieler anzutreten, und zwar auf deren Boden, so daß ihnen ein Sieg nicht leicht fallen wird. Wie die Schweizer schon bei ihrem ersten Besuch in Berlin, das am 1. September 1921 endlich einging, befielen sie eine gefährliche schnelle Spielweise, die ihnen diesmal einen Erfolg bringen kann. Berlin hat noch in letzter Stunde Erzie einzeln müssen, da Maronj und Kletter (Victoria) unabsichtlich beschuldigt wurden. In ihre Stelle treten Hufschke (S. S. 92) und Berni (Wörden-Rodewitz).

Die Pferde des Gestüts Weil gehen testamentarisch in den Besitz der einzigen Tochter König Wilhelm, der Fürstin Pauline zu Weil, über, die sich bereits als Prädikatsbesitzerin einen Namen gemacht hat, unter dem Namen „Weil'sche“ laufen läßt und vor kurzem mit dem sehr gelungenen Dreifährigen Johannes den Großen Elbe-Preis von 100 000 Mark in Hamburg-Barmen gewann. Am Freitag, dem Tag der Beisetzung des verstorbenen Königs, laufen die Pferde nicht.

Kunst und Wissenschaft.

Todesfälle. Im Alter von 60 Jahren starb der a. o. Professor und Vorstand des jährlichen Instituts an der Universität Würzburg Prof. Dr. med. et. Dr. med. dent. Dr. Andreas Michael. Er kamme aus Bohr am Main (Unterfranken). Im Jahre 1898 wurde er als Nachfolger von Prof. Dr. Berlein auf den Lehrstuhl der Zahnheilkunde an der Uni-

versität in Steinbrücken und Bergwerken verbannt wurden, und ganz bitter waren die Aussichten für den Sklaven, wenn der ältere, Wohlhabende Herr, die den alten Sklaven in Frieden hingehen ließen und ihn nur noch mit leichten Arbeiten beschäftigten, und auch solche, die ihn ganz frei geben, sobald er, wenn er in der Nähe einer Stadt lebte, von den Kornverteilern etwas absetzte, aber es gab auch viele, die ihn, wenn er keine halbe Arbeit mehr besaß, zu jedem annehmbaren Preis loskauften, und dann war sein Schicksal gewöhnlich juchzbar. Am besten ging es nach denen, die als Sklave verwendet wurden: ihnen gab man Waffen, da sie ihre Herren vor den Weibern schützen mußten, jedoch sie ein bisschen Mühe auf eigene Rechnung treiben konnten. So wird von einem Herrn, dem sein Schöpfer sagte, er habe nichts anzusetzen, erzählt, daß er ihn gefragt habe, ob denn die Wanderer auf den einjämigen Wegen nicht herumkamen. In der Tat wurden die Reisenden häufig nicht nur ausgeraubt, sondern auch als Sklaven verschleppt.

In Abhandlungen über die Landwirtschaft, die in dieser Periode geschrieben worden sind, finden sich auch vielfach Anweisungen über die Technik der Sklavenerhaltung. Dabei entpuppt sich der alte Aulos als ein Sklavhalter, der in Theorie und Praxis dieselbe Härte bewies, mit der er gegen den Rufus der Jugend und alle neuen Wunden eiferte und mit der er den Untergang des Vorkämpfers Carihago gepredigt hat. Seine Lehren waren auch in diesem Punkt von hypochondrischer Schlichtheit. Wenn man Sklaven kauft, so meint er, soll man sich nicht durch angenehme Klänge blenden lassen, sondern sich Körperkraft sehen. Man soll daran denken, daß ein Sklave in der Zeit, in der nicht schläft, zu arbeiten hat. Wenn er alt ist, soll man ihn verkaufen, genau so, wie alte Ochsen und alte Esen. Man soll es gern sehen, wenn die Sklaven sich untereinander zanken; wenn man freie Arbeiter danken verwenden muß, so soll man acht geben, daß sie nicht herumlungern und die Sklaven aufpassen. Einmal weniger brutal war der gelehrte Varro, der von 116 bis 117 lebte und sein Werk über die Landwirtschaft in hohem Alter schrieb. Aber auch er rät an, daß man